

# **Die Volksabstimmung zu Stuttgart 21. Einstellungen der Bürger von Baden-Württemberg zu S21 und zur Regierung**

*Ein Kommentar und Bericht von Prof. Dr. Joachim Behnke und Florian Bader*

*Lehrstuhl für Politikwissenschaft*

*Zeppelin Universität*

*Am Seemooser Horn 20*

*88045 Friedrichshafen*

*Tel.: 07541-6009 1431*

*Email: joachim.behnke@zeppelin-university.de*

Es gab am 27.11.2011 ein klares Ergebnis bei der Volksabstimmung zu Stuttgart 21. Fast 60% der Abstimmenden sprachen sich bei einer Wahlbeteiligung von knapp 50% für die Fortführung des Projekts aus. Auf den ersten Blick scheint es daher, also ob die Grünen und der von ihnen gestellten Regierungschef eine herbe Niederlage hätten einstecken müssen. Auf den zweiten und tiefergehenden Blick aber bietet sich ein gänzlich anderes Bild. Es kann gut sein, dass die Volksabstimmung vor allem zwei Sieger hervorgebracht hat: die Demokratie und Winfried Kretschmann.

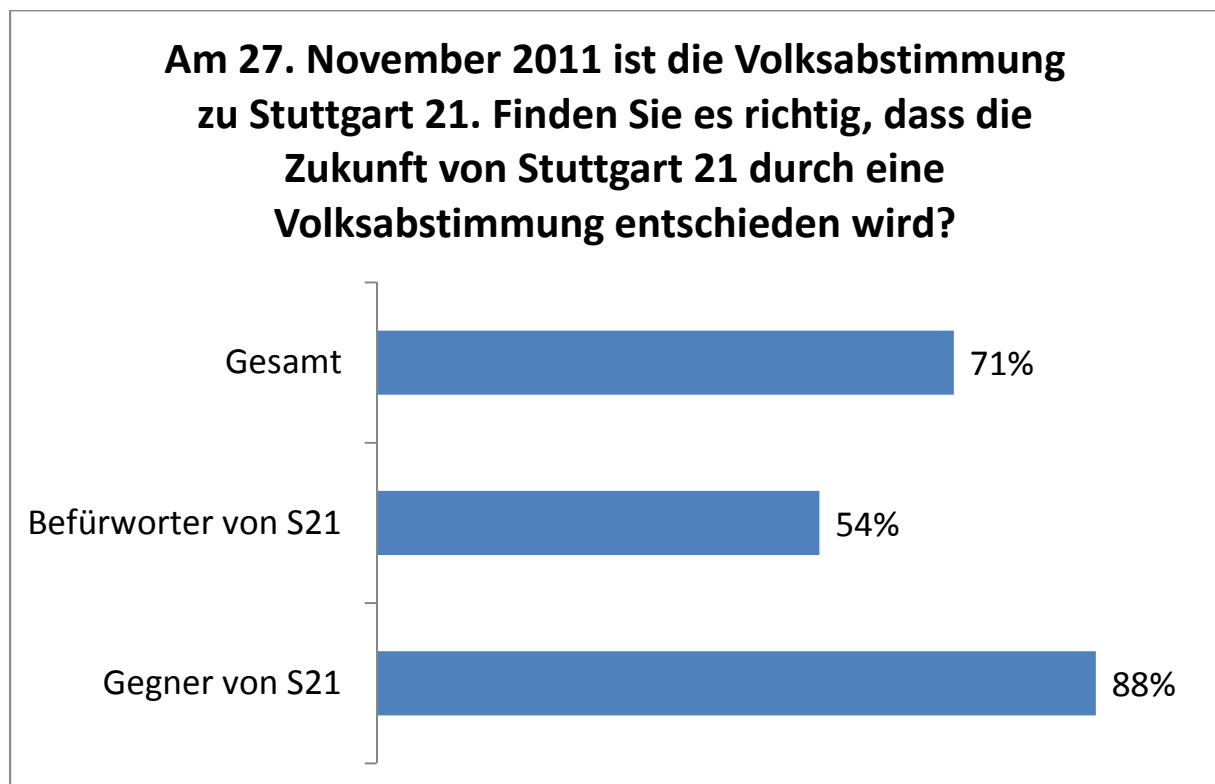
Der folgenden Analyse liegen die Daten einer Umfrage zugrunde, die am Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Zeppelin-Universität von Prof. Dr. Joachim Behnke und Florian Bader unter Mitarbeit von Studentinnen und Studenten entwickelt wurde. Für die Studie wurde eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt, für die 527 Personen aus Baden-Württemberg telefonisch befragt wurden. Die technische Umsetzung der Umfrage übernahm das Bamberger Centrum für Empirische Studien.

## Einstellungen zur Volksabstimmung

Allgemein geteilt wird die Idee, sich eine Legitimation für das Regierungshandeln durch eine Volksabstimmung zu sichern. Ungefähr 70% der Befragten fanden es richtig, dass über die Zukunft von Stuttgart 21 durch eine Volksabstimmung entschieden wurde. Hier gab es beachtliche Unterschiede zwischen den Befürwortern und den Gegnern von Stuttgart 21. 88% der Gegner von S21 fanden es angemessen, dass das weitere Schicksal von Stuttgart 21 durch eine Volksabstimmung bestimmt wird, aber „nur“ 54% der Befürworter von S21. Der

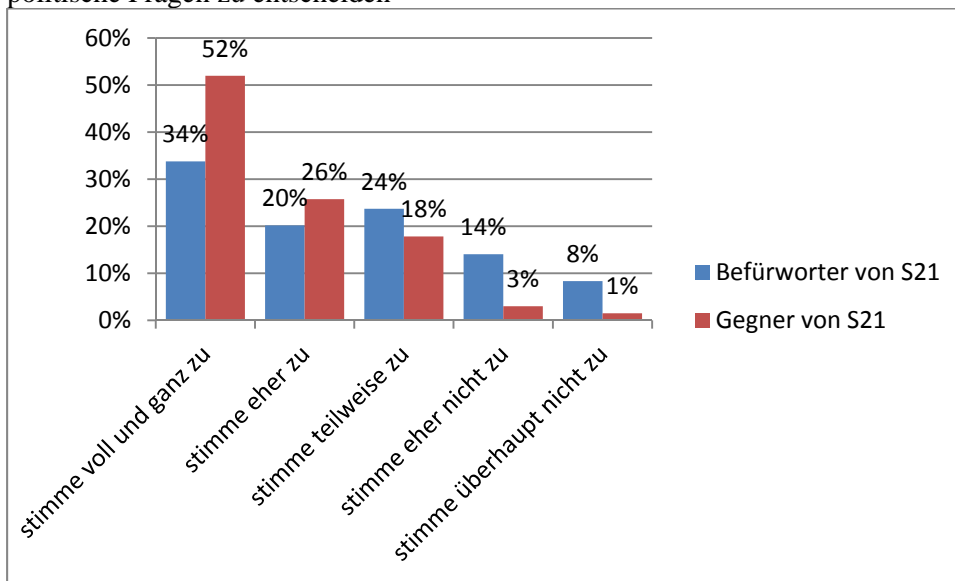
Unterschied lässt sich wohl dadurch erklären, dass ja nur die Gegner durch die Volksabstimmung hoffen konnten, ihre bevorzugte Politik durchzusetzen, da ansonsten die von ihnen abgelehnte Politik weitergeführt worden wäre. Da die Befürworter ja für eine Beibehaltung des Status Quo waren, war für sie inhaltlich gewissermaßen nichts zu gewinnen. Umso bemerkenswerter ist der Umstand, dass selbst in diesem Lager mehr als die Hälfte die Durchführung der Volksabstimmung begrüßten. Dies lässt sich wohl am besten damit erklären, dass es auch in diesem Lager und somit in der gesamten Bevölkerung eine große Bereitschaft gab, das Ergebnis der Volksabstimmung als die endgültige und legitime Entscheidung zu Stuttgart 21 akzeptieren.

Abbildung 1: Richtigkeit der Durchführung der Volksabstimmung



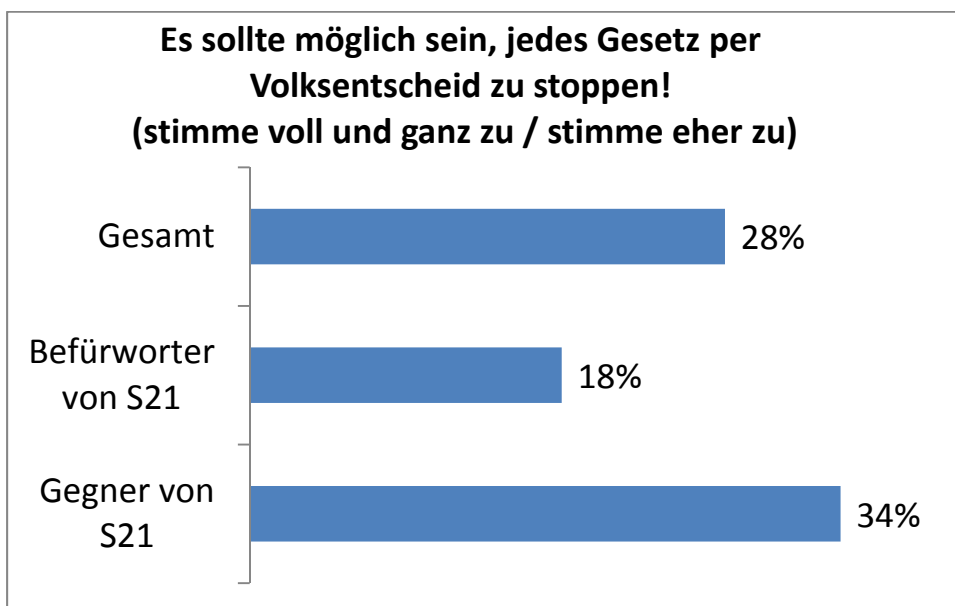
Dies entspricht auch der Einstellung zu der allgemeinen Bewertung von Volksabstimmungen. Der Aussage „Volksabstimmungen sind eine gute Methode, um wichtige politische Fragen zu entscheiden“ stimmten ebenfalls sowohl die Gegner als auch die Befürworter mehrheitlich zu. Selbst unter den Befürwortern von S21 lehnen nur 22% diese Aussage ab, während ihr 54% zustimmen. Es gibt also eine lagerübergreifende große Akzeptanz des Instruments der Volksabstimmung, auch über das konkrete Thema S21 hinweg.

Abbildung 2: Zustimmung zur Aussage „Volksabstimmungen sind eine gute Methode, um wichtige politische Fragen zu entscheiden“



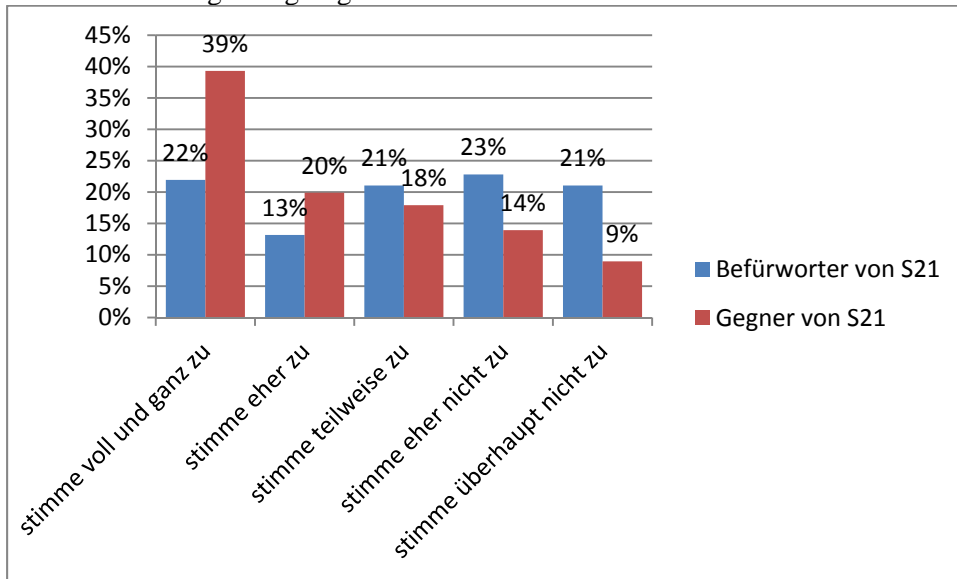
Selbst in der denkbar radikalsten Form der Befürwortung von Volksentscheiden finden sich noch 28% der gesamten Bevölkerung, die der Ansicht zustimmen, dass es möglich sein sollte, jedes Gesetz durch Volksentscheid zu stoppen.

Abbildung 3: Zustimmung zur radikalen Befürwortung von Volksentscheiden



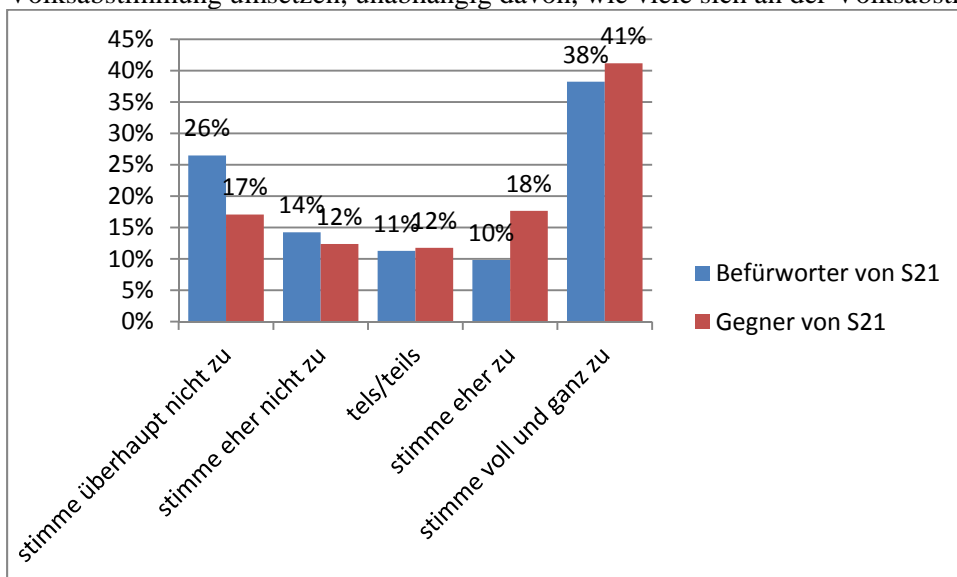
Allerdings begreifen die Bürger Volksabstimmungen offensichtlich mehr als potenzielles Vetoinstrument. Eine grundsätzliche Begleitung von baulichen Großprojekten durch Volksabstimmungen, also eine Pflicht zur Abhaltung einer Volksabstimmung, findet zwar bei den Gegnern von S21 eine Mehrheit, aber nicht bei den Befürwortern.

Abbildung 4: Zustimmung zur Aussage „Große Bauprojekte sollten grundsätzlich durch Volksabstimmungen abgesegnet werden“.



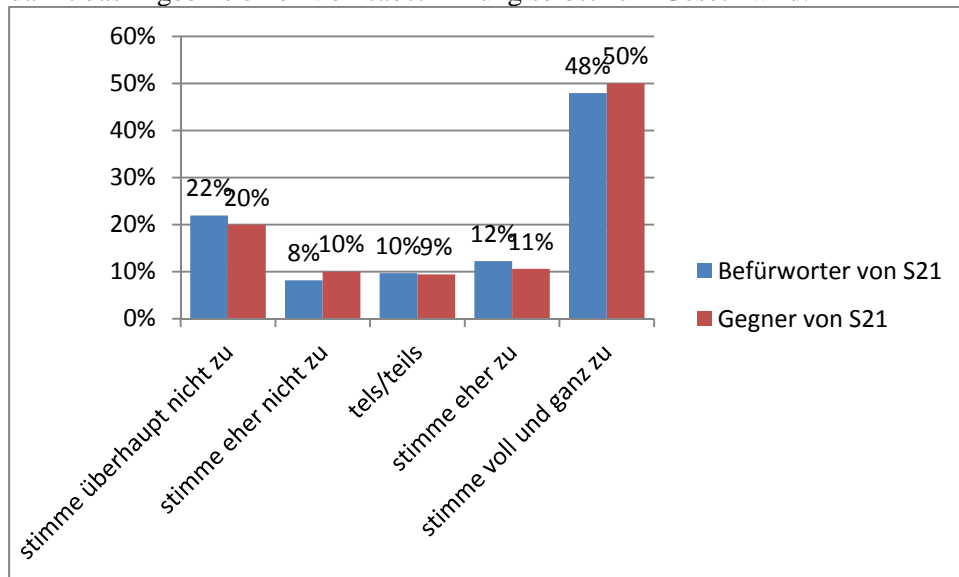
Dies zeigt, dass das Instrument „Volksabstimmung“ sehr differenziert wahrgenommen wird. Für die Gesamtheit der Bevölkerung gilt dabei offensichtlich eher, dass Volksabstimmungen bei Bedarf durchgeführt werden sollen, wenn es z.B. einer „Korrektur“ bestimmter politischer Entscheidungen oder einer zusätzlichen Legitimation bedarf. Die Legitimationskraft der Volksabstimmung wird als sehr stark angesehen. Knapp 50% der Befürworter von S21 und ungefähr 60% der Gegner von S21 sind der Ansicht, dass das Ergebnis der Volksabstimmung unabhängig von der Wahlbeteiligung umgesetzt werden sollte.

Abbildung 5: Zustimmung zu Aussage „Die Landesregierung sollte bei Stuttgart 21 das Ergebnis der Volksabstimmung umsetzen, unabhängig davon, wie viele sich an der Volksabstimmung beteiligen.“



Jeweils ungefähr 60% stimmen der Aussage zu, dass das Ergebnis umgesetzt werden sollte, wenn das Quorum erreicht wird<sup>1</sup>.

Abbildung 6: Zustimmung zu Aussage „Die Landesregierung sollte das Ergebnis der Volksabstimmung umsetzen, aber nur dann, wenn das Quorum erreicht wird, das erforderlich ist, damit das Ergebnis einer Volksabstimmung selbst zum Gesetz wird.“



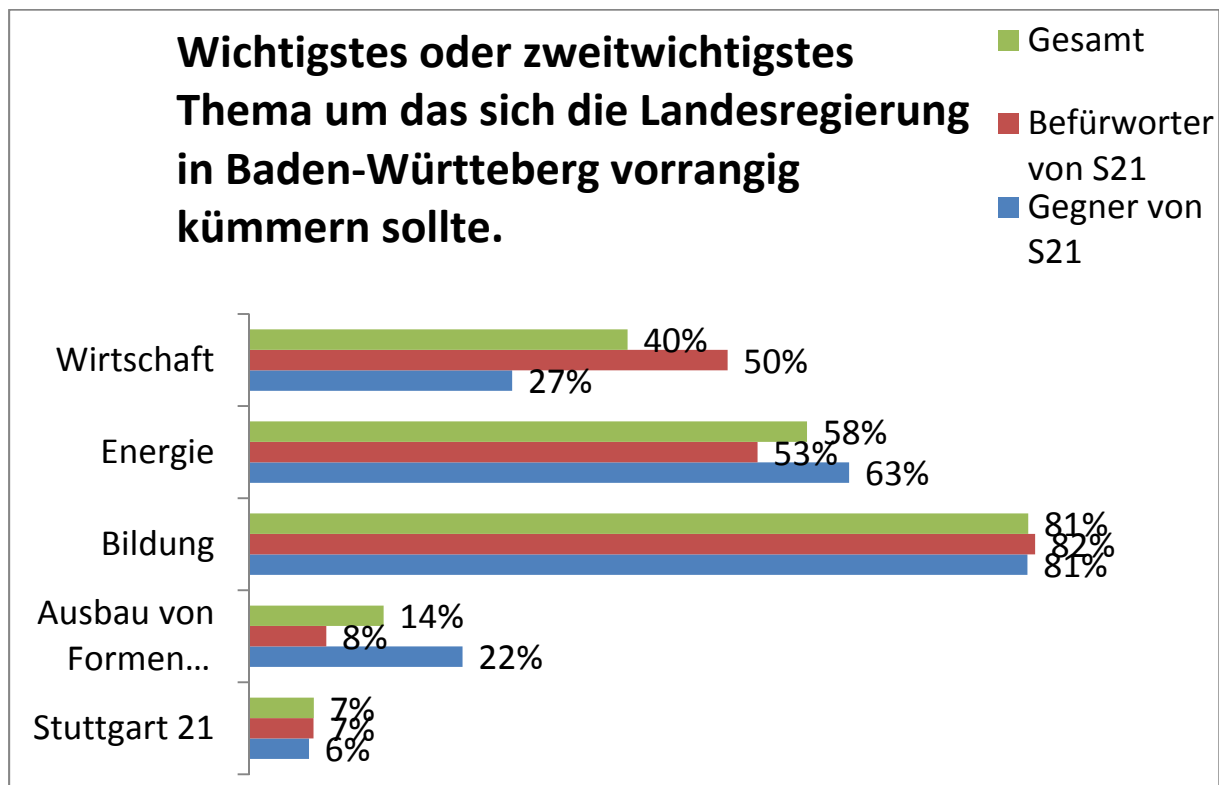
Betrachtet man die Medienberichterstattung, so wurde allgemein das Ergebnis als ausgesprochen deutlich und eindeutig zu Gunsten der Befürworter interpretiert. Überhaupt nicht thematisiert wurde dabei allerdings die Tatsache, dass der hohe Prozentsatz von 58,8%, die mit „Nein“, also für S21 gestimmt hatten, trotz der für einen Volksentscheid phänomenal hohen Wahlbeteiligung von 48,3%, ihrerseits mit insgesamt 28,4% aller Wahlberechtigten dennoch das Quorum verfehlt hätten. Infolge der asymmetrischen Entscheidung scheint dies nicht weiter beachtet worden zu sein, da ja in diesem Fall die Pro-Entscheidung mit dem Status-Quo, nach dem gebaut werden darf, zusammenfällt. Dennoch ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Pro-Entscheidung keinen eigenen Gesetzescharakter aus sich heraus hervorgebracht hat, sondern dass durch dieses Ergebnis die bisherige Gesetzeslage lediglich nicht außer Kraft gesetzt wurde, die eben (zufällig) im Sinne der Volksabstimmung spricht.

<sup>1</sup> Tatsächlich lautete die Aussage, zu der die Befragten ihre Zustimmung geben sollten: „Die Landesregierung sollte das Ergebnis der Volksabstimmung umsetzen, aber nur dann, wenn das Quorum erreicht wird, das erforderlich ist, damit das Ergebnis einer Volksabstimmung selbst zum Gesetz wird.“ Jemand, der einen Handlungsauftrag durch die Volksabstimmung auch ohne Erzielung des Quorums sehen würde, hätte eigentlich diese Aussage ablehnen müssen. Offensichtlich wurde aber der Teil der Aussage „aber nur dann“ mehr oder weniger ignoriert. Unabhängig von dem konkreten Verständnis der Aussage gilt aber in jedem Fall, dass die Zustimmung zu der Aussage in jedem Fall für die Situation gilt, dass das Quorum erreicht wird. Theoretisch könnte also die Zustimmung womöglich sogar noch höher ausfallen, wenn man die Fälle berücksichtigt, die der Ansicht sind, dass das Quorum gar nicht nötig wäre und daher der Aussage nicht zustimmen, obwohl sie sehr wohl der Ansicht sind, dass beim Erreichen des Quorums ein verbindlicher Handlungsauftrag an die Regierung besteht.

Anders ausgedrückt: Wäre die Entscheidung offen gewesen, hätte die in allen Augen so klar ausgefallene Abstimmung dennoch keine eigene Gesetzeswirkung entfalten können. Alle, die jetzt auf die Eindeutigkeit des Ergebnisses hinweisen, müssen sich daher fragen lassen, was denn ihrer Meinung nach der Fall gewesen wäre, wenn das Ergebnis genauso deutlich, aber eben mit anderem Vorzeichen ausgefallen wäre. Hätte man ein solches Ergebnis mit dem Verweis auf das Quorum dann tatsächlich missachten können? Mit Sicherheit kann wohl ausgeschlossen werden, dass die Volksabstimmung in diesem Fall noch eine befriedigende Wirkung hätte entfalten können, denn man kann nicht nach Volkes Stimme rufen, um sich ihr gegenüber dann taub zu stellen. Offensichtlich ist also das Quorum eindeutig zu hoch. Gerade wegen der wichtigen Funktion, die Volksabstimmungen von der Bevölkerung zugeschrieben werden, sollte gewährleistet sein, dass auch realistische Chancen bestehen, bei einer ansehnlichen Wahlbeteiligung das Quorum zu erreichen. Unter diesen Gesichtspunkten dürfte ein Quorum zwischen 20% und 25% eine sinnvolle Größe sein, wenn man denn überhaupt an einem Quorum festhalten und es nicht wie z.B. in Bayern abschaffen will (außer bei Verfassungsänderungen).

Circa drei Viertel der Befragten gaben an, dass ihnen das Thema Stuttgart 21 „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ war. Allerdings ist dies differenzierter zu betrachten: In der Umfrage wurde ebenfalls die Frage gestellt, um welche Probleme „sich die Landesregierung vorrangig kümmern sollte“. Zur Auswahl standen dabei Stuttgart 21, der Ausbau von Formen der Bürgerbeteiligung, Bildung, Energie und die Wirtschaft. Über 80% der Befragten nannten dabei die Bildung als das wichtigste oder zweitwichtigste Problem, knapp 60% die Energie und 40% die Wirtschaft. Stuttgart 21 wurde hingegen von nur 7% der Befragten als eines der zwei wichtigsten Problemfelder genannt. Sogar der Ausbau von Formen der Bürgerbeteiligung wurde von doppelt so viel Befragten als eines der beiden wichtigsten Probleme bezeichnet. Die Verhältnisse der relativen Wichtigkeit zwischen den verschiedenen Problemfeldern sind bei beiden Gruppen relativ ähnlich. Die Rangfolge der Wichtigkeit ist in beiden Gruppen dieselbe. Auffällige Unterschiede gibt es lediglich bei der Einschätzung der Wichtigkeit des Problemfelds Wirtschaft, die von den Gegnern von S21 als deutlich niedriger eingestuft wird als von den Befürwortern, und beim Thema Bürgerbeteiligung, das für die Gegner von S21 deutlich wichtiger ist als für die Befürworter. Entscheidend aber ist, dass Stuttgart 21 eben für beide Gruppen im Verhältnis zu den anderen Problemen eine doch sehr untergeordnete Rolle spielt. Offensichtlich erwarten die Bürger nun von ihrer Regierung, dass sie sich um andere und aus deren Sicht wesentlich wichtigere Belange kümmert.

Abbildung 7: Relative Wichtigkeit von Stuttgart 21



### Die Bewertung der Regierung

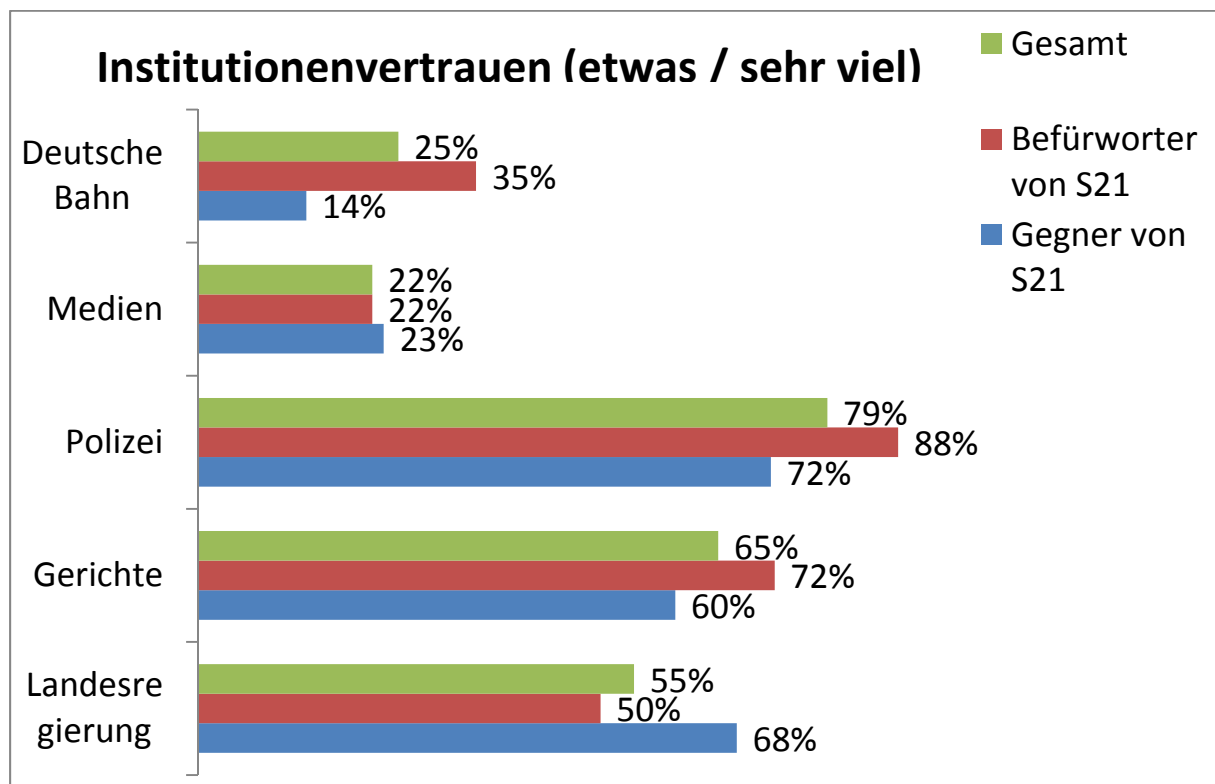
Wenn die Bürger von ihrer Regierung nun vor allem Taten auf anderen Feldern erwarten und das Thema Stuttgart 21 mit der Volksabstimmung als endgültig erledigt betrachten, wie sehr erwarten sie von ihrer Regierung, diesen Aufgaben gerecht zu werden? Inwiefern sind die Regierung und insbesondere der Regierungschef, der sich offen und deutlich gegen Stuttgart 21 positioniert hat, durch das Ergebnis der Volksabstimmung womöglich beschädigt? Wie sehr schadet Winfried Kretschmann diese „politische“ Niederlage?

Unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten muss die angemessene Frage aber zunächst lauten: Wieso sollte ihm diese Abstimmungsniederlage denn überhaupt schaden? Der Regierungschef hat in einer politischen Frage seine eigene Ansicht klar geäußert und die Entscheidung über diese Frage bewusst in die Verantwortung des Volkes selbst gelegt. Nachdem sich dieses nun gegen die von ihm präferierte Position ausgesprochen hat, hat er keinen Zweifel entstehen lassen, dass er dieses Votum respektieren wird und den so geäußerten Volkswillen als Regierungschef umsetzen will. Warum nun sollte es einer Regierung schaden, den eigenen Willen dem des Volkes unterzuordnen?

Ungefähr 90% derjenigen, die für Stuttgart 21 sind, stimmten der Aussage zu, man habe bereits so viel in das Projekt investiert, dass ein Abbruch nicht sinnvoll sei. Aber nur 31% der Befürworter von Stuttgart 21 stimmten der Aussage zu, dass der Bahnhof wie vorausgesagt ca. 4 Milliarden kosten werde. Und selbst unter den Befürwortern finden nur knapp 40% der Befragten, dass die ehemalige Landesregierung ihre Bürger gut über das Genehmigungsverfahren zu Stuttgart 21 informiert habe. Man kann daher feststellen, dass die Einstellung der Befürworter zu Stuttgart 21 keineswegs euphorisch ist, sondern zu großen Teilen von Skepsis geprägt. Entwickelt sich Stuttgart 21 zum befürchteten Milliardenloch, dann wird dies nicht der Glaubwürdigkeit der Grünen abträglich sein.

Überhaupt genießt die Regierung ein ungewöhnlich hohes Maß an Vertrauen und zwar in allen Lagern. Insgesamt haben 55% der Befragten Vertrauen zur Landesregierung. Selbst die Befürworter von Stuttgart 21 haben zu 50% Vertrauen in die Landesregierung. In vergleichbaren Umfragen kommt in Bezug auf die Bundesregierung in der Regel ein sehr deutlich niedrigerer Wert heraus.

Abbildung 8: Institutionenvertrauen



Nun könnte man vermuten, dass das Vertrauen der Befürworter in die Regierung vor allem der Regierungsbeteiligung der SPD geschuldet sei. Doch das dem nicht so ist und dass die positive Bewertung der Regierung zum großen Teil auf die Beurteilung des Regierungschefs

zurückzuführen ist, zeigt die hervorragende Beurteilung von Winfried Kretschmann im direkten Vergleich zu seinem Vorgänger. Dazu haben wir die Befragten gebeten, anzugeben, ob sie bestimmte Eigenschaften, die positiv besetzt sind, eher Kretschmann oder Mappus zuschreiben würden. Bei allen Eigenschaften lag Kretschmann mit großem Abstand vor Mappus. Das Interessante ist, dass dies sowohl für die Befürworter von S21 als auch für die Gegner gilt. Selbst bei den Stuttgart 21- Befürwortern halten z.B. über 80% Kretschmann für glaubwürdiger als seinen Vorgänger Stefan Mappus, bei den S21-Gegnern gilt dies – weniger überraschend – sogar für 99%. Lediglich in Hinsicht auf Kompetenz kommt es bei den Befürwortern zu einem sehr geringfügigen Vorteil von Mappus im Vergleich zu einem dramatischen Vorteil von Kretschmann bei den Gegnern von S21.

Es ist daher festzuhalten, dass die Popularität des Regierungschefs Kretschmann extrem hoch ist und zwar auch weit in das Lager der S21-Befürworter hinein, die also in dieser zentralen Frage seine Ansicht nicht teilen. Offensichtlich hält dies sie aber keineswegs davon ab, für Kretschmann dennoch ein beachtliches Maß an Respekt und Hochachtung zu empfinden, wohlwissend, dass er eine andere Ansicht bei Stuttgart 21 vertritt. Da sich Kretschmann nun auch nach dem Ergebnis der Volksabstimmung so verhalten hat, wie man es von ihm erwarten konnte, gibt es keinerlei Grund für die Vermutung, dass die „Niederlage“ die positive Reputation Kretschmanns, die er weit über die eigene Grünen-Wählerschaft hinaus genießt, maßgeblich beeinträchtigen sollte. Wie die dramatisch schlechte Bewertung von Mappus zeigt, rationalisieren die Bürger also nicht in der Weise, dass sie die Personen, die ihren eigenen Ansichten nahestehen, automatisch gut bewerten. Neben der inhaltlichen Positionierung, die ja sehr wohl Effekte hat, wie sich an den ja immer noch auftretenden Unterschieden zwischen Anhängern und Gegnern des Bahnhofs zeigen lässt, gibt es aber für die Gesamtbewertung der Spitzenpolitiker offensichtlich weitere Kriterien, die unabhängig von den politischen Positionen im engeren Sinn sind und die für die Bewertung der Politiker dennoch eine wichtige Rolle spielen.

Tabelle 1: Vergleich Kretschmann-Mappus

|                 |             | ist           | übernimmt<br>mehr<br>Verantwortung<br>für das eigene<br>Handeln | ist           | hat mehr<br>Respekt vor | ist ehrlicher |
|-----------------|-------------|---------------|---|---------------|-------------------------|---------------|
|                 |             | verlässlicher |   | glaubwürdiger | anderen                 |               |
| Befürworter S21 | Kretschmann | 78%           | 76%   | 82%           | 85%                     | 87%           |
|                 | Mappus      | 22%           | 24%   | 18%           | 15%                     | 13%           |
| Gegner S21      | Kretschmann | 96%           | 98%   | 99%           | 99%                     | 98%           |
|                 | Mappus      | 4%            | 2%  | 1%            | 1%                      | 2%            |

|                    |             | Ist<br>kom<br>pete<br>nter | am<br>Gemeinwohl<br>orientiert | An Lösung<br>von<br>Sachfragen<br>orientiert |
|--------------------|-------------|----------------------------|--------------------------------|--|
| Befürworter<br>S21 | Kretschmann | 48%                        | 73%                            | 56%  |
|                    | Mappus      | 52%                        | 27%                            | 44%  |
| Gegner S21         | Kretschmann | 87%                        | 98%                            | 92%  |
|                    | Mappus      | 13%                        | 2%                             | 8%   |

Es sollte ebenfalls kurz erwähnt werden, dass in unserer Umfrage der Anteil, der angibt, bei der nächsten Wahl Grün wählen zu wollen, genauso hoch ausfällt wie der, der angibt, das letzte Mal Grün gewählt zu haben. Die CDU hingegen verliert deutlich, die SPD leicht. Von den Gegnern von S21 geben 52% an, die Grünen wählen zu wollen, 13% die SPD und 5% die CDU. Von den Befürwortern wollen hingegen nur 34% die CDU wählen, 14% die SPD und immerhin noch 7% die Grünen. Interessant ist vor allem auch, dass der Anteil derjenigen, die keine Wahlabsicht angeben, bei den Befürwortern von S21 mit ungefähr 35% fast doppelt so hoch ausfällt wie der Anteil der Gegner von S21, die keine Wahlabsicht für eine bestimmte Partei angeben.

### Kommentierendes Fazit

Es ist keine Schande in der Demokratie, eine Abstimmung zu verlieren. Für eine Regierung stellt sich allerdings die Frage, ob sie nach einer verloren gegangenen Abstimmung noch handlungsfähig sein kann. Dies wird aber vor allem davon abhängen, wie eine Regierung mit einer solchen Abstimmungsniederlage umzugehen versteht. Wenn man es derzeit irgendeinem Regierungschef in Deutschland zutraut, souverän damit umzugehen, dass seinem Handlungsspielraum durch den direkt geäußerten Volkswillen Grenzen gesetzt worden sind, dann wohl dem Stoiker Kretschmann und seinem Regierungsstil, der von unbeeindruckter Gelassenheit geprägt ist. Für Kretschmann sind politische Gegner keine Feinde, sondern Menschen, die andere Ansichten haben. Es stellt keinerlei Widerspruch dar, zu akzeptieren, dass sich in einer Demokratie eine Mehrheit mit einer anderen Ansicht durchsetzt, ohne deshalb diese Ansicht zu teilen. Bei dem Fraktionsfest der Grünen im Landtag hielt Kretschmann vor kurzem eine knapp gehaltene Ansprache, die sein Verständnis von demokratischer Kultur auf den Punkt brachte. Er sprach von der elementaren Wichtigkeit der parlamentarischen Kontrolle der Regierung und ermunterte seine eigene Fraktion, diese auch dann auszuüben, wenn sie gegen die eigene Regierung stehe. Ein Regierungschef, der seine eigene Fraktion auffordert, sich gegen seine Regierung zu stellen, wenn sie dies ihren

Überzeugungen schuldig zu sein glaubt, hat sicherlich noch weniger Probleme damit, ein Votum des Volkes zu akzeptieren, auch wenn es seiner eigenen Position widerspricht, erst recht, wenn er dieses Votum selbst eingefordert hat. Ob dieser Regierungsstil Beeinträchtigungen der Handlungsfähigkeit bedeutet, wird sich zeigen müssen. Man kann den jetzigen Regierungsstil der Grünen daher als experimentelle demokratische Kultur begreifen, Ausgang offen, mit vielen Chancen aber auch mit gewissen Risiken (für die Regierung). Dass die Bürger diesen neuen Regierungsstil sehr wohl zu schätzen wissen, zeigt sich an der breiten Zustimmung zur Person Kretschmann, die als eine Zustimmung zu ebendiesem Regierungsstil begriffen werden kann.

Man sollte bei der Würdigung des Ergebnisses auch nicht vergessen, dass immerhin über 40% gegen Stuttgart 21 abgestimmt haben, die grüne Partei aber bei den letzten Landtagswahlen nur 25% der Stimmen erhalten hat. Die Grünen haben es geschafft, für ein Politikziel, für das sie sich ja als einzige der im Landtag vertretenen Parteien einsetzen, eine Anhängerschaft zu mobilisieren, die das 1,6fache der eigenen Wähler beträgt. Ein Misserfolg sieht sicherlich anders aus. Die Wähler der Grünen haben kaum einen Grund, von der von ihnen gewählten Regierung enttäuscht zu sein, denn das offensichtliche Ergebnis der Volksabstimmung würde ein weiteres Festhalten an der Position gegen S21 tatsächlich als uneinsichtig und undemokratisch erscheinen lassen. Umgekehrt wird sich womöglich eher ein Teil der überschüssigen 15% überlegen, ob seine Interessen denn tatsächlich bei der Partei am besten aufgehoben sind, die er das letzte Mal gewählt hat. Der Ausgang der Volksabstimmung kann daher den Grünen eigentlich unmöglich schaden. Die wirklich brenzlige Situation, die sich ergeben hätte, wenn eine klare Mehrheit gegen Stuttgart 21 gestimmt, dabei aber das Quorum verfehlt hätte, ist ja nicht eingetreten. In diesem Fall hätten sich beide Regierungsparteien vermutlich sehr schwer damit getan, eine klare und einheitliche Reaktion auf das Ergebnis zu finden. Man kann das Volk nicht befragen, dann aber die Stimme des Volkes mit einem formalen Hinweis auf ein Quorum unbeachtet lassen. Die SPD hätte sich fragen lassen müssen, warum sie dem durch die Volksabstimmung geäußerten Willen nicht parlamentarisch zur Durchsetzung verhilft, und der grüne Regierungschef hätte ein von ihm selbst ungeliebtes Bahnprojekts womöglich unter Einsatz staatlicher Gewalt durchsetzen müssen, da ihm rechtlich keine andere Wahl geblieben wäre. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Frage sehr wohl neu zu stellen, wer denn die eigentlichen Gewinner und Verlierer der Abstimmung waren, wenn man die Konsequenzen für die mittelfristige Entwicklung der Wählerpotenziale betrachtet. Der Gewinn der Volksabstimmung wäre für jeden möglichen Sieger ein vergiftetes Geschenk gewesen, denn der Sieger bekommt die Bürde der Beweislast für die Richtigkeit

seiner Position auferlegt. Hätten die Gegner sich durchgesetzt, wären sie mit einer Vielzahl von gewaltigen Schadensersatzforderungen konfrontiert gewesen, und dass diese gewaltig ausgefallen wären, dafür hätten die Deutsche Bahn, die Bundesregierung und die Stadt Stuttgart ihr Möglichstes getan. Es wäre nicht möglich gewesen zu beweisen, dass der Ausstieg immer noch die billigere Lösung darstellte und der Vorwurf der Verschwendung von Steuermilliarden für nichts hätte sich niemals aus der Welt räumen lassen. Umgekehrt werden jetzt die Parteien, die das Projekt befürworteten, womöglich bald den Offenbarungseid leisten müssen. Dass die Kosten deutlich höher ausfallen könnten als veranschlagt, glauben selbst die Befürworter des Projekts und dass selbst sie nur zu 34% zur Deutschen Bahn Vertrauen haben im Vergleich zu 50%, die der Regierung vertrauen, zeigt, dass hier noch einiges an nicht unbedingt angenehmen Überraschungen zu erwarten ist. Diese Überraschungen können die Grünen und ihr Ministerpräsident jetzt mit größerer Gelassenheit auf sich zukommen lassen als die übrigen Parteien.